

# Unterstützung für den Rat

## Ausschuss und Arbeitskreis

GOTTENHEIM (schö). Einstimmig, wenn auch nach längerer Diskussion, beschloss der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung, dem Rat einen beratenden Arbeitskreis für die Bereiche Bauen und Soziales sowie einen Finanzausschuss zur Seite zu stellen.

Die Idee hatte Bürgermeister Volker Kieber schon in der vorangegangenen Gemeinderatssitzung vorgetragen, sie war damals vertagt worden. Nun schlug die Verwaltung die Bildung von zwei beratenden Arbeitskreisen vor, die die weitere Dorfentwicklung diskutieren und mit Hilfe von Bürgern Vorschläge erarbeiten sollen. Arbeitskreise deshalb, weil sie weniger an Formalien gebunden seien als offizielle Gemeinderatsausschüsse, erläuterte Hauptamtsleiter Ralph Klank. Zudem sei es einfacher, hier Bürger zu beteiligen. Insbesondere für die bauliche Entwicklung der Gemeinde mit den anstehenden Schwerpunkten Sportplatzverlagerung, Generalentwässerungsplan, Kindergarten und Bahnofsareal sollten die Arbeitskreise Prioritäten erarbeiten.

Birgit Wiloth-Sacherer (SPD) äußerte Bedenken, ob solch ein Arbeitskreis effektiv arbeiten kann. Zudem hätten die Finanzen Priorität. Man solle doch erst mal die Gemeinderatsklausur abwarten.

Wichtig sei es dabei, die Aufgaben und Kompetenzen der Arbeitskreise klar zu formulieren. Lioba Himmelsbach (Frauenliste) vermisste ebenfalls eine klare Aufgabenstellung für die Gremien. Man könne die bauliche Entwicklung zudem nicht losgelöst von den Finanzen betrachten. Eher als Ideenwerkstatt sah Harald Schönberger (FBL) die Arbeitskreise. Sie seien richtig, weil man ja nicht alles im Gemeinderat bis ins Detail debattieren könne. Für Markus Eberle (SPD) war es zudem wichtig, dass alle Bürger eingeladen sind, mitzumachen.

Letztlich einigten sich die Räte darauf, die grobe Richtung im Rahmen der Gemeinderatsklausur festzulegen. Dennoch könnten die Gremien schon ihre Arbeit aufnehmen. Für die Finanzen soll wegen der vertraulichen Thematik allerdings ein regulärer Ausschuss gebildet werden. Beim Arbeitskreis Bauen/Soziales könnten interessierte Bürger mitmachen.

**Finanzausschuss:** Heinz Nikola (FWG), Wolfgang Streicher (SPD), Lothar Zängerle (CDU), Lioba Himmelsbach (Frauenliste), Harald Schönberger (FBL);  
**AK Bauen/Soziales:** Kurt Hartenbach (FWG), Birgit Wiloth-Sacherer (SPD), Alfons Hertweck (CDU), Claudia Faller-Tabori (Frauenliste), Jörg Hunn (FBL).

# Kaum Einwand zu Naturschutz

## Gottenheimer Stellungnahme

Bad. Zeit. 20.9.2007

GOTTENHEIM (schö). Heftig diskutiert wurde in der jüngsten Gottenheimer Gemeinderatssitzung, ob die Gemeinde der Ausweisung des vom Regierungspräsidium geplanten Naturschutzgebietes „Humbrühl-Rohrmatten“ zustimmen soll. Initiator sei die Stadt Freiburg, erläuterte Hauptamtsleiter Ralph Klank. Im dem 26 Hektar großen zusammenhängenden Feuchtgebiet, das hauptsächlich auf Waltershofer Gemarkung liege, gebe es schützenswerte Tier- und Pflanzenarten. Auf Gottenheimer Gebiet lägen Feuchtwiesen und ein Maisacker. Klank erläutere zudem, dass schon in einem Vorgespräch mit dem Regierungspräsidium auf den im Gebiet liegenden Verbandssammler des Abwasserzweckverbandes hingewiesen wurde. Zudem müsse auch der Bau des schon länger geplanten Radweges nach Waltershofen weiterhin möglich sein. Auch wolle sich Gottenheim weitere Hochwasserschutzmaßnahmen in dem Gebiet, wenn nötig, offen halten. Klank führte auch ein Schreiben des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes an, der

Entschädigungen für die von Nutzungseinschränkungen betroffenen Landwirte fordere.

Alfons Hertweck (CDU) warnte, man solle diese Gebiete nicht einfach ohne Not hergeben. Womöglich benötige man sie einmal als Ausgleichsflächen. „Ich sehe keine Vorteile für die Gemeinde, wir sind schon genug in unserer Entwicklung eingeschränkt“. Ähnlich sah dies auch Landwirt Walter Hess (FWG). „Wenn wir nicht unbedingt müssen, sollten wir nicht zustimmen. Die Landwirte verlieren immer mehr Flächen, da kann es sein, dass sie zum Überleben auch mal eine feuchte Wiese ummachen müssen“.

Bürgermeister Volker Kieber hingegen betonte, dass in dem Gebiet die Nutzung wie bisher weiterhin möglich sei. „Ich sehe auch die Vorteile für den Naturschutz. Um glaubwürdig zu bleiben, sollten wir uns auf die Einwendungen wie Radweg und Hochwasserschutz beschränken und sonst zustimmen“. Dem schlossen sich sieben Gemeinderäte an. Vier waren bei einer Enthaltung dazugegen.